



*Wir machen Politik  
fürs Weinland*

Unsere Positionen 2007-2011

Standortbestimmung 2006

## Inhaltsverzeichnis

1. Verfassung, Bezirk und Gemeinden	Seite 3
2. Öffentliche Finanzen	Seite 6
3. Bildung und Schule	Seite 8
4. Raumplanung und Umwelt	Seite 10
5. Mögliches Tiefenlager für hoch radioaktive Abfälle	Seite 13
6. Öffentlicher und privater Verkehr	Seite 15
7. Gewerbe	Seite 17
8. Landwirtschaft	Seite 18
9. Vision Weinland	Seite 20

# 1. Verfassung, Bezirk und Gemeinden

Am 27. Februar 2005 hat das Zürcher Volk der neuen Kantonsverfassung (KV) zugestimmt. Zwar haben nicht alle Forderungen der SVP in dieser Verfassung Berücksichtigung gefunden. Um so mehr sind die von der SVP wesentlich mitgeprägten Grundsätze und Zielsetzungen bezüglich des Staatsaufbaus im Auge zu behalten und in der Tagespolitik anzuwenden.

## Subsidiarität

Die neue Kantonsverfassung formuliert den Grundsatz der Subsidiarität. Das heisst im Wesentlichen: Jede Person übernimmt Verantwortung für sich selbst. Kanton und Gemeinden fördern die Hilfe zur Selbsthilfe und nehmen Aufgaben von öffentlichem Interesse wahr, soweit sie Private nicht angemessen erfüllen (Art. 5 KV). Kanton und Gemeinden arbeiten zusammen und stellen sicher, dass die öffentlichen Aufgaben wirkungsvoll, wirtschaftlich, nachhaltig und von der geeigneten Trägerschaft erledigt werden (Art. 95 KV). Zum dezentralen Vollzug kantonaler Aufgaben ist der Kanton in Bezirke eingeteilt (Art. 96 KV). Die Gemeinden übernehmen öffentliche Aufgaben, wenn sie diese ebenso zweckmässig erfüllen können wie der Kanton (Art. 97 KV).

## Gemeindeautonomie

Die Gemeinden geniessen eine starke Autonomie. Sie regeln ihre Angelegenheiten selbstständig. Der Kanton berücksichtigt die möglichen Auswirkungen seines Handelns auf die Gemeinden (Art. 85 KV). Gemeinden können Aufgaben gemeinsam erfüllen, wobei dafür verschiedene Formen der Zusammenarbeit möglich sind (Art. 90 ff. KV).

## Finden diese Grundsätze tatsächlich Beachtung?

Leider scheinen diese allseitig anerkannten Grundsätze der Verfassung bereits wieder in Vergessenheit zu geraten. Zu beobachten sind nach wie vor starke Tendenzen, die staatliche Tätigkeit mit ausufernden Bestimmungen auszuweiten. Immer mehr Aufgaben sollen unter dem Vorwand der Professionalisierung zentralisiert und nach dem Gutdünken der Bürokratie erfüllt werden. Beispiele sind Volksschule oder Jugendhilfe, wo die Eigenverantwortung des Einzelnen und der Gemeinden durch allgemein gültige Vorschriften und Delegation der Entscheidungskompetenzen an die kantonale Verwaltung eingeschränkt wird. Finanzielle Mehrbelastungen werden den Gemeinden auferlegt, ohne dass sie ein genügendes Mitspracherecht ausüben können.

## **Bezirke**

Die Bezirke sind historisch gewachsene dezentrale Verwaltungseinheiten des Kantons. Sie haben sich bewährt und erfüllen ihre Aufgaben effizient und bürgernah. Statt immer mehr Aufgaben beim Kanton zu zentralisieren, ist vielmehr anzustreben, die Vorteile der Bezirke durch eine zweckmässige Delegation kantonaler Aufgaben an die Bezirke zu nutzen. Die angemessene Zusammenarbeit von Gemeinden und Kantonen in den Agglomerationen (das Weinland ist nicht nur nach Winterthur und Zürich, sondern auch nach Schaffhausen und Frauenfeld orientiert) ist zur Erledigung gemeinsamer Aufgaben nötig. Die Zusammenarbeit hat sich auf die gemeinsamen Interessen zu beschränken. Die SVP lehnt die Schaffung neuer Gebietskörperschaften ab, sei dies nun in städtischen Ballungsgebieten oder durch die Zusammenlegung von Bezirken in Regionen.

## **Gemeinden**

Die Gemeinden sind für die Erfüllung öffentlicher Aufgaben am nächsten beim Bürger. Man kennt sich gegenseitig in der Gemeinde und steht damit in der Verantwortung. Die Stimmberechtigten können in Kenntnis der örtlichen Verhältnisse die für ihre Gemeinde zweckmässigsten Lösungen treffen. So ist die kostengünstigste Erledigung öffentlicher Aufgaben gewährleistet. Es ist nicht zu bestreiten, dass auch im Weinland mit seinen kleinräumigen Verhältnissen die Gemeinden teilweise bei der Bestellung ihrer Behörden und der Erledigung ihrer Aufgaben an Grenzen stossen. Die sinnvolle Zusammenarbeit unter den Gemeinden ist nötig und zu fördern. Es sind ihnen dafür zweckmässige Instrumente zur Verfügung zu stellen. Zweckverbände sind wegen ihrer komplexen Struktur nicht immer die richtige Lösung.

Fusionen von Gemeinden können im Einzelfall sinnvoll sein, wie dies die gegenwärtigen Bestrebungen im Weinland für die Zusammenlegung von Schulgemeinden zeigen. Wegen der unbestrittenen Vorteile übersichtlicher Verhältnisse dürfen Fusionen aber nur mit ausdrücklicher Zustimmung der betroffenen Gemeinden erfolgen. Beiträge aus den Mitteln des Finanzausgleiches des Kantons zur Förderung von Gemeindefusionen widersprechen den Zielsetzungen der Subsidiarität und werden deshalb abgelehnt.

## **Bürgerrecht und Stimmrecht der Ausländer**

Das Schweizer Bürgerrecht hat eine besondere Bedeutung, weil damit eine weltweit einzigartige direkte Mitsprachemöglichkeit des Einzelnen auch bei Sachvorlagen von Bund, Kanton und Gemeinde verbunden ist. Es darf deshalb nicht unbedenken erteilt werden, sondern hat sich auf Personen, die mit den hiesigen Verhältnissen genügend vertraut sind, zu beschränken. Die Integration von Ausländern ist nicht primär eine staatliche Aufgabe, sondern eine Verpflichtung der ausländischen Wohnbevölkerung, sich den hiesigen Gegebenheiten anzupassen. Dazu gehören insbesondere die Beachtung unserer Grundwerte und Gesetze, sowie die

genügende Kenntnis mindestens einer Landessprache. Die Einbürgerung ist deshalb kein geeignetes Instrument zur Förderung der Integration, vielmehr ist sie deren krönender Abschluss.

Der Entscheid, ob eine Person genügend integriert ist, um sie ins Schweizerbürgerrecht aufzunehmen, ist sorgfältig zu treffen. Es ist Aufgabe jeder Gemeinde, das für die Einbürgerung zuständige Organ zu bestimmen. Gerade im Weinland mit seinen übersichtlichen Verhältnissen ist die Gemeindeversammlung dafür ein sehr geeignetes Organ. Ein Automatismus beim Entscheid über Einbürgerungen und das gerichtliche Beschwerderecht werden den Besonderheiten des Schweizer Bürgerrechtes nicht gerecht und sind deshalb systemwidrig. Weil die genügende Integration Voraussetzung für die Erteilung des Stimm- und Wahlrechtes sein muss, lehnt die SVP die Einführung des Ausländerstimmrechtes ab.

### **Forderungen der SVP**

- Die Eigenverantwortung des Einzelnen ist zu stärken und zu fördern.
- Kantonale Aufgaben sind soweit als möglich auf der Ebene der Gemeinden und der Bezirke zu erfüllen.
- Die Gemeindeautonomie ist zu beachten. Forderungen, die Zusammenlegung von Gemeinden mit Hilfe des Finanzausgleiches zu fördern, werden abgelehnt.
- Den Gemeinden sind geeignete Instrumente für die Zusammenarbeit zur gemeinsamen Aufgabenerfüllung zur Verfügung zu stellen.
- Die Gemeinden müssen frei über Einbürgerungen und die dafür zuständigen Organe entscheiden können. Ein Automatismus bei der Erteilung des Schweizer Bürgerrechtes und das gerichtliche Beschwerderecht sind systemwidrig.
- Die Erteilung des Stimm- und Wahlrechtes an Ausländer wird abgelehnt.

## 2. Öffentliche Finanzen

### Ausgangslage

Das Steueraufkommen pro Kopf in den Gemeinden des Zürcher Weinlandes liegt grossmehrheitlich weit unter dem kantonalen Mittel. Auch sind grosse finanzstarke Betriebe in unserem Gebiet eher die Ausnahme. Die Finanzen der öffentlichen Hand in den Gemeinden des Zürcher Weinlandes werden deshalb immer stark vom kantonalen Finanzkraft- und Steuerfussausgleich abhängig sein, will man die Qualität der öffentlichen Anlagen wie Strassen und Sportstätten, von kulturellen Anlässen und vielem mehr im Weinland auf einem ähnlichen Niveau wie im übrigen Kanton halten. Das neue Finanzausgleichsgesetz muss vom Kanton zügig vorangetrieben werden. Die Abgabelast des Mittelstandes ist in den vergangenen Jahren stark angestiegen und kann so nicht mehr akzeptiert werden.

### Forderungen der SVP Bezirk Andelfingen

- Die öffentlichen Haushalte müssen durch Ausgabendisziplin und nicht durch Steuererhöhungen saniert werden.
- Möglichst tiefe Steuern, wo dies die Gemeinden selber bestimmen können.
- Die Abgabelast des Mittelstandes muss reduziert werden (Kanton und Gemeinden).
- Keine Schuldenwirtschaft auf Kosten der nächsten Generation.
- Seriöse Finanz- und Investitionsplanung über fünf bis zehn Jahre.
- Gebühren nicht auf Vorrat einziehen.
- Abgaben sind zu hinterfragen und allenfalls in die Grundleistungen der Gemeinde zu integrieren (Auskünfte, Bestätigungen und anderes mehr).
- Die öffentliche Hand beschränkt sich auf ihre Kernaufgaben und engagiert sich nur dort, wo es zwingend nötig ist.
- Es sind dem Stimmbürger nur Vorlagen mit klar aufgezeigten Kostenfolgen vorzulegen.
- Der neue Finanzausgleich hat die Bedürfnisse aller Gemeinden zu berücksichtigen.
- Es sind nur echte Fürsorgefälle durch den öffentlichen Haushalt zu unterstützen, die Eigeninitiative ist zu fördern.

Mit diesen Vorgaben und Massnahmen wird es möglich sein, dass die steuerlichen Belastungen, inklusive Abgaben und Gebühren, sinken werden. Dadurch können Gewerbe und Industrie investieren und zusätzliche Arbeitsplätze schaffen, was in der Konsequenz die Fürsorgeleistungen der Gemeinden dank kleineren Arbeitslosenzahlen reduziert.

### 3. Bildung und Schule

#### Die Situation heute

Die Umsetzung des neuen Volksschulgesetzes in unseren Schulen ist im vollen Gange. Die Vielzahl der Neuerungen, welche in unseren eher kleinen Schulen eingeführt werden müssen, ist mit grossem Aufwand verbunden. Eine Erleichterung wird höchstens im Bereich administrativer Angelegenheiten spürbar werden. Die positiven Auswirkungen auf die Unterrichtsqualität werden, wenn überhaupt, nur in kleinem Rahmen festzustellen sein.

Der Übertritt in die Oberstufe oder der Wechsel an eine andere Schule bleibt weiterhin erschwert, da einzelne Lehrmittel, die Richt- und Lernziele für einen reibungslosen Übertritt (z.B. Einführung des Frühenglisch) noch nicht bestehen. Der Schule kommen immer mehr erzieherische Aufgaben zu; gesellschaftliche Probleme überträgt man als pädagogischen Leistungsauftrag den Bildungsstätten, ohne die dafür notwendigen Zeitgefässe und griffigen Durchsetzungsmassnahmen zur Verfügung zu stellen. Die Lehrkräfte sollen diese Probleme einfach fächerübergreifend und spielerisch in den Unterricht einbauen (Freizeit-Problematik, Umwelterziehung, Konsum- und Ernährungslehre u.v.m.).

Fremdplatzierungen und sonderpädagogische Massnahmen belasten das Budget der Schulgemeinden massiv.

Die zeitlich hohe Belastung und die immer grösser werdenden Anforderungen an die Schulbehörden führen zu einem regen Wechsel. Die Kontinuität leidet darunter und das Sachwissen muss immer wieder neu erworben werden. Es wird immer schwieriger, geeignete Personen für ein Amt zu rekrutieren.

In unseren ländlichen Strukturen hält sich das Bedürfnis für familienergänzende Betreuungsangebote noch in Grenzen. Es existieren häufig traditionelle Familienstrukturen und eine funktionierende Nachbarschaftshilfe.

#### Forderungen der SVP Bezirk Andelfingen

- Neuerungen sind erst einzuführen, wenn die Rahmenbedingungen wie Lehrmittel, Ausbildung der Lehrkräfte und strukturierte Übergänge vorhanden sind.
- Die Volksschule soll Mädchen und Knaben mit Kopf, Herz und Hand ausbilden, darum dürfen Einsparungen z.B. nicht zu Lasten der musischen bzw. kreativen Fächer wie Handarbeit und Werken gehen. Den Bedürfnissen der begabten Schüler ist vermehrt Rechnung zu tragen.
- In den Schulen muss der deutschen Sprache mehr Beachtung geschenkt werden, der Unterricht ist konsequent in Schriftdeutsch zu erteilen. Eine genügende Sprachkompetenz in deutscher Schriftsprache ist nur mit intensivem

Lehren und Lernen mit Hören, Lesen, Sprechen ergänzt durch Grammatik und Orthografie, zu erreichen.

- Viele Volksschulabgänger/Innen bringen nicht jene schulischen und überfachlichen Kompetenzen mit, die für einen erfolgreichen Eintritt in eine berufliche Grundbildung im heutigen wirtschaftlichen Umfeld notwendig sind. Eine qualitativ hochstehende, durchlässige obligatorische Schule ist dafür eine wesentliche Voraussetzung. Die im Geschäftsleben geforderte Mobilität und Leistungsbereitschaft muss sich auch in der Volksschule abbilden. Der Schnittstelle Volksschule - Berufsausbildung muss zwingend mehr Bedeutung beigemessen werden.
- Die SVP verlangt von den Schulbehörden, dass bei Stütz- und Fördermassnahmen kritisch beurteilt wird, ob diese tatsächlich nötig sind oder ob die betreffenden Schüler wirkungsvoller im Klassenverband durch den Klassenlehrer gefördert werden können. Notwendige Therapien sollen zeitlich begrenzt werden.
- Schulgesetzgebung und Rahmenbedingungen müssen erlauben, dass die Schulbehörde weiterhin nach dem Milizprinzip funktionieren kann.
- Familienergänzende Betreuungsangebote sollen nicht mit öffentlichen Mitteln errichtet und unterhalten werden.

## 4. Raumplanung und Umwelt

### Zielsetzungen in der Raumplanung

Umfassendes Analysieren der Zeichen unserer Zeit, Ausarbeiten von Zielrichtungen und Aufzeigen von möglichen Lenkungsmaßnahmen. Schaffung der räumlichen Voraussetzungen für eine vernünftige und massvolle Entwicklung unseres Landes. Die Wahrung der Interessen der einzelnen Persönlichkeit sowie des Gemeinwesens. Um politische Entscheide fällen zu können, sind zweckmässige, für den Einzelnen nachvollziehbare Entscheidungsgrundlagen erforderlich. Raumplanung muss flexibel und anpassungsfähig sein, es sollen daher nur Massnahmen vorgeschlagen werden, welche zur Erreichung des gesetzten Zieles im jetzigen Zeitpunkt unbedingt notwendig sind.

### **"Klare Zielsetzungen versprechen optimale Realisierungschancen".**

Der revidierte Regionale Richtplan Weinland wurde 1995 durch die Delegierten der ZPW zu Händen des Regierungsrates verabschiedet. Die Grundlage war das revidierte PBG des Kantons Zürich von 1991.

2005 verlangte der Regierungsrat eine Total-Revision des PBG, die sich auf das Wesentliche konzentriere und einfacher zu bewirtschaften sei. Dabei wären die kommunalen Richtpläne ersatzlos aufgehoben und die Regionalplanung deutlich geschwächt worden. Auf Grund der Einwendungen wurde diese Total-Revision gestoppt, sodass die grundsätzlichen Ziele überarbeitet werden können.

Unser Ziel muss sein, dass das Gewicht der Gemeinden, Regionen und Agglomerationen in der Richtplanung verstärkt wird, damit Gemeinde-, Regions- und Kantonsgrenzen überschreitende Lösungen möglich werden (Forderung des Bundes: mehr Agglomerationspolitik).

### Siedlung

Das Siedlungsgebiet im Weinland zeichnet sich durch einen im Kanton einzigartigen ländlichen Charakter der Dörfer und insbesondere der Dorfkerne aus. Die traditionellen Ortskerne werden unter Beachtung der erhaltenswerten Bausubstanz den heutigen Anforderungen entsprechend umgenutzt, gepflegt und erhalten. Die intakten Dorfbilder sind für die Zukunft des Weinlands und insbesondere für die bevölkerungsmässige und wirtschaftliche Entwicklung, an der möglichst alle Gemeinden teilhaben, von grosser Bedeutung. Sie beinhalten noch viel ungenutztes Potential.

Die Neubaugebiete haben sich dem herkömmlichen Siedlungsgebiet harmonisch angepasst und die zum Teil überdurchschnittliche Entwicklung der Dörfer in quan-

titativer wie auch in qualitativer Hinsicht gewährleistet, sie sorgen dafür, dass aus dem Weinland kein Freilichtmuseum wird.

### **Forderungen der SVP Bezirk Andelfingen**

- Das Siedlungsgebiet beinhaltet für eine massvolle Entwicklung des Weinlands knapp genügende Reserven, der vorgegebene Rhythmus (Zonenplanung 10 – 15 Jahre und Richtplanung 20 – 25 Jahre) und die Flexibilität in der Zonengestaltung genügt den heutigen Anforderungen nicht mehr.
- Der Planungsrhythmus in der Siedlungsplanung muss den heutigen Bedürfnissen angepasst werden.
- Den Gemeinden muss ein erheblich grösserer Spielraum in der Zonengestaltung eingeräumt werden.
- Für die an die Gemeinden übertragene Verantwortung für die Beurteilung der Ortsbilder sind gesicherte und nachvollziehbare, verlässliche Grundlagen zu schaffen. Beratung und Unterstützung durch Gemeinden und Zürcher Heimatschutz müssen nach wie vor gewährleistet sein.
- In den Bauvorschriften müssen auch Erkenntnisse der modernen Bauphysik, -hygiene und -oekologie einfliessen. Die Bauvorschriften selber sind auf ein vernünftiges Mass zu reduzieren.

### **Landschaft und Umwelt**

Die Landschaft im Weinland mit ihrer Formenvielfalt, ihrer Tier- und Pflanzenwelt und ihrem weitgehend unverfälschten Erlebnisbereich ist im Kanton einzigartig. Dieser Umstand bewirkt, dass unsere Landschaft in zunehmendem Mass mit Schutzverordnungen belegt wird.

Die grossen Wälder im Weinland dienen als Erholungsraum für Menschen aus einem grossen Einzugsgebiet, sie sind aber für die Gemeinden in den letzten Jahren zum erheblichen Kostenfaktor geworden.

Mit dem Erholungskonzept Thur und Thurufer wird versucht, die übermässige Nutzung dieser Landschaft in geordnete Bahnen zu leiten sowie die Gemeinden von zusätzlichen Kosten zu entlasten.

### **Forderungen der SVP Bezirk Andelfingen**

- Landschafts- und Umweltschutzprojekte und Verordnungen haben die Interessen der Menschen (Erholungsräume) und die land- und forstwirtschaftliche Nutzung zu berücksichtigen.

- Das Erholungskonzept Thur und Thurufer muss im dafür vorgesehenen Rahmen und mit der Unterstützung des Kantons eingeführt werden.
- Die Vorschriften im Landschafts- und Umweltschutz sind zu deregulieren (Bodenschutz, Landschaftsschutz, Waldwirtschaftspläne, u.s.w.).
- Nimmt die Erholungsfunktion des Waldes weiterhin zu, ist die Waldwirtschaft dafür angemessen zu entschädigen. Die Nutzung des Holzes als Baustoff und als Energieträger ist zu fördern.

### **Versorgung und Entsorgung**

Das Weinland verfügt über eine qualitativ hoch stehende Ver- und Entsorgung; sie ist nach dem Verursacherprinzip organisiert und den tatsächlichen Bedürfnissen angepasst. Für eine effiziente Aufgabenerfüllung muss auch eine überkommunale Festlegung möglich sein.

### **Forderung der SVP Bezirk Andelfingen**

- Die Entsorgung ist nach dem Prinzip „so gut wie nötig“ zu organisieren und darf die wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit nicht behindern.

## **5. Mögliches Tiefenlager für hoch radioaktive Abfälle**

### **Grundsätzliches**

Die Entsorgung von radioaktiven Abfällen aller Art ist eine nationale Aufgabe. Entsprechend sind die Bundesstellen respektive die eidgenössischen Behörden dafür verantwortlich. Die SVP Schweiz wie auch die SVP Kanton Zürich bekennen sich in ihren Grundsätzen zur Atomenergie. Sie ist Bestandteil einer gesicherten inländischen Stromproduktion, was nach den Volksentscheiden im Jahr 2003 deutlich untermauert ist. Entsprechend steht man einer korrekten Wiederaufbereitung, Lagerung und schlussendlich Entsorgung offen gegenüber und bekennt sich für eine Lagerung der anfallenden Abfälle im Inland. Die technische Machbarkeit wurde im Entsorgungsnachweis festgelegt. Der Bundesrat hat bestätigt, dass der Nachweis erbracht ist. Gleichzeitig lehnt er die Fokussierung weiterer Untersuchungen auf das Wirtgestein Opalinuston im potenziellen Standortgebiet im Zürcher Weinland ab. Die Suche nach einem konkreten Standort erfolgt im Rahmen des Sachplans Geologische Tiefenlager. Die eigentliche Tiefenlagerung hat nach den sichersten Methoden und neusten Erkenntnissen an jenem Standort zu erfolgen, der dafür am idealsten geeignet ist.

### **Standpunkt der SVP Bezirk Andelfingen**

Allgemein anerkennt die SVP Bezirk Andelfingen den Grundsatz, dass die Entsorgung von radioaktiven Abfällen eine nationale Aufgabe ist und somit in die Zuständigkeit des Bundes fällt. In allen drei Gemeinden (Trüllikon, Marthalen, Benken), welche heute als mögliche Standorte eines Tiefenlagers für hoch radioaktive Abfälle im Gespräch sind, haben die Stimmberechtigten sich gegen einen Ausstieg und gegen ein weiteres Moratorium in der Kernenergie ausgesprochen und sich somit auch zugunsten einer sicheren Versorgung mit Strom aus AKWs mit all seinen Folgen (Entsorgung) bekannt.

Bei der Standortwahl ist in erster Priorität auf eine ideale und sichere Lagerung in dafür geeignetem Gestein/Untergrund zu achten. Dabei werden die von der NAGRA für den Entsorgungsnachweis erarbeiteten Grundlagen als seriös erarbeitet und als korrekt anerkannt. Die SVP Bezirk Andelfingen lehnt den unkontrollierten Export der radioaktiven Abfälle aller Grade in ein ausländisches Land grundsätzlich ab, ausser es erfolgt in einem international ausgeführten Projekt, wo die Schweizer Energiewirtschaft oder der Staat Partner ist.

Die SVP Bezirk Andelfingen steht einem möglichen Standort für ein Tiefenlager für hoch radioaktive Abfälle grundsätzlich offen gegenüber, sofern sich der dafür notwendige Untergrund als ideal erweist und sämtliche Untersuchungen ein solches zulassen. Es sind aber gewisse Grundsätze zu erfüllen, welche sich nebst der grösstmöglichen Sicherheit für die Region positiv auszuwirken haben. Der mögliche Standort muss mit der wirtschaftlichen, soziokulturellen und regionalen Ent-

wicklung im Einklang stehen. Die betroffenen oder beteiligten Standortgemeinden und Regionen sollen in den Entscheidungsprozess miteinbezogen werden.

### **Forderungen der SVP Bezirk Andelfingen**

- Höchste Priorität in der Standortevaluation muss der Sicherheit zukommen. Zu berücksichtigen sind weiterhin sowohl die sozioökonomischen Auswirkungen, wie auch die Belastungen und die gemeinwirtschaftlichen Leistungen, die eine Gegend bereits trägt bzw. erbringt.
- Beim Auswahlverfahren für konkrete Standorte im Rahmen des Sachplanes sind verschiedene Optionen mit der gleichen Qualität wie im Weinland zu prüfen. Die direkt betroffenen Gemeindebehörden der ausgewählten Standorte müssen in der sehr komplexen Aufgabe unverzüglich von den Bundes- und Kantonsbehörden Unterstützung erhalten. Umfassende Information, Transparenz und eine frühzeitige Zusammenarbeit mit den Gemeinden und der Bevölkerung während der Entscheidungsfindung sind unabdingbar.
- Die betroffenen Gemeinden sind für ihre zu erbringenden oder bereits erbrachten Leistungen (Administration, Verwaltung etc.) entsprechend des Aufwandes im üblichen Rahmen zu entschädigen.
- Allfällige Nachteile eines möglichen Tiefenlagers einschliesslich allfälliger Nachteile der Vorbereitungsarbeiten sind auszugleichen.
- Ein mögliches Tiefenlager darf nur für die Entsorgung von hochradioaktiven Abfällen aus der Schweiz gebaut werden.

## **6. Öffentlicher und privater Verkehr**

### **Bewältigung statt Behinderung des Verkehrs**

Mobilität ist ein Grundbedürfnis unserer Gesellschaft. Funktionierender Verkehr ist die Voraussetzung für eine florierende Wirtschaft und für Wohlstand. Das Verkehrsvolumen ist ein aussagekräftiges Wirtschaftsbarometer. Mobilität braucht alle Verkehrsträger: Schiene, Strasse, Pipeline und Luftverkehr, den öffentlichen wie den privaten Verkehr. Kooperation und Konkurrenz sind ein Gebot der Zeit. Kein Verkehrsträger soll aber aus ideologischen Gründen diskriminiert werden. Der Flugverkehrslärm ist so zu verteilen, dass das Weinland nicht überproportional mit Fluglärm eingedeckt wird, nur weil wir das am schwächsten besiedelte Gebiet des Kantons sind.

Bedarfsgerechte und leistungsfähige Verkehrsnetze sind die Voraussetzung für eine positive Entwicklung der Wirtschaftsregionen Weinland. Die freie Wahl des Verkehrsmittels darf weder behindert noch eingeschränkt werden. Jeder Verkehrsträger soll aber wesensgerecht jene Aufgaben übernehmen, für die er prädestiniert ist. Verkehrsträger müssen effizient, wirtschaftlich und kostendeckend betrieben werden.

### **Konkurrenzfähiger Schienenverkehr dank besserer Leistung**

Die SVP des Bezirks Andelfingen setzt sich für einen leistungsfähigen Schienenverkehr im Bezirk ein. Im Pendlerverkehr soll der Schienenverkehr in Spitzenzeiten dank besserer Leistungen Marktanteile gewinnen und konkurrenzfähiger werden. Gemäss Verursacherprinzip sollen Sonderwünsche in Randzeiten und Randregionen von den Bestellern stärker mitgetragen werden. Teilprivatisierungen, die bei vergleichbaren Leistungen kostengünstiger sind, müssen vermehrt realisiert werden. Parkplätze an den Bahnhöfen sollen - wo noch nötig - realisiert bzw. ausgebaut werden. Das Rufbusangebot ist nochmals zu prüfen.

### **Güterverkehr: Feinverteilung auf der Strasse**

Die flächendeckende Güter-Feinverteilung ist nur per Camion auf der Strasse möglich. Der Strassengüterverkehr weist einen Kostendeckungsgrad von weit über 100% auf – er darf steuermässig nicht weiter belastet werden. Im Güterverkehr braucht es weiterhin eine sinnvolle Koordination zwischen Schiene und Strasse. Eine leistungssteigernde Konkurrenz muss aber gewährleistet bleiben. Die Feinverteilung auf der Strasse darf nicht wettbewerbsverzerrend verteuert werden – die Bahn hingegen muss leistungsfähiger und wirtschaftlicher werden.

## **Individualverkehr als Motor der Marktwirtschaft**

Vom gesamten Personenverkehrsaufkommen bewältigt der Individualverkehr rund 80%. Im inländischen Güterverkehr beträgt der Anteil des privaten Nutzfahrzeugverkehrs rund 86%. Demgegenüber wickelt sich der Transitgüterverkehr nur zu rund 15% auf der Strasse ab.

Der Kollektivverkehr wäre niemals in der Lage, die Transportbedürfnisse unserer Volkswirtschaft vollständig zu befriedigen. Darum bekämpft die SVP die gegen den freien Individualverkehr gerichtete Politik anderer Parteien.

## **Engpässe in den Verkehrsnetzen müssen beseitigt werden**

Zu planen bzw. zu realisieren sind folgende Verbindungen: Ortsumfahrung Trüllikon sowie der Ausbau der A4 im Weinland auf vier Spuren, richtungsgetreunt von Schaffhausen bis Winterthur. Die A98 auf der deutschen Rheinseite sowie die Südumfahrung von Schaffhausen werden vom Weinland abgelehnt.

Eine zukunftsgerichtete Verkehrspolitik, die auf der freien Wahl der Verkehrsmittel basiert, soll einerseits die Mobilitätsbedürfnisse befriedigen, andererseits aber einen sorgfältigen Umgang mit Natur und Energie anstreben. Die Verkehrsnetze sind den Bedürfnissen anzupassen. Die Verkehrsbedürfnisse können nur gemeinsam von öffentlichen und privaten Anbietern auf Schiene und Strasse befriedigt werden.

## 7. Gewerbe

### Ausgangslage

Das Zürcher Weinland ist eine ländliche Region, die im Einzugsgebiet der starken Wirtschaftsregionen Winterthur, Zürich, Flughafen, Schaffhausen und dem süddeutschen Raum liegt. Grössere Industrie- oder Gewerbebetriebe sind im Weinland eher selten. KMU-Betriebe in Form von lokalen Handwerks-, Gewerbe-, Landwirtschafts- und Dienstleistungsbetriebe prägen die Wirtschaft. Einige Betriebe behaupten sich aber auch überregional.

Die Bevölkerungszahl steigt kontinuierlich an. Aber das Angebot an lokalen Arbeitsplätzen nimmt nicht im gleichen Umfang zu. Die Zahl der täglichen Pendler zwischen Wohnort und Arbeitsstellen in den grossen Agglomerationen steigt kontinuierlich. Die gute Verkehrsanbindung durch eine Autobahn und durch die Bahn ist eine Stärke des Weinlandes.

Für eine eigenständige und erfolgreiche Wirtschaft im Weinland müssen bestehende Arbeitsplätze erhalten und neue Stellen geschaffen werden. Nur so ist es möglich, dem Sog der überregionalen Wirtschaftszentren entgegen zu halten.

### Forderungen der SVP Bezirk Andelfingen

Die SVP Bezirk Andelfingen setzt sich ein für

- eine leistungsfähige Wirtschaft und ein starkes Gewerbe
- den Erhalt der lokalen Gewerbestrukturen
- sichere und langfristige Arbeitsplätze im Weinland
- leistungsfähige Strassen- und Bahnverbindungen
- Vereinfachungen von Bewilligungsverfahren
- die Schaffung eines runden Tisches mit Vertretern aus Gewerbe, Politik und Behörden mit Ziel der Erarbeitung von konkreten Lösungsvorschlägen
- raumplanerische Freiheiten durch Schaffung von neuen Industrie- und Gewerbebezonen
- eine Verminderung von staatlichen Auflagen und für den Verzicht auf wirtschaftsfeindliche Gesetze und Verordnungen
- für ausreichend Ausbildungsplätze für die Jugend

## 8. Landwirtschaft

### Situation heute

Das Weinland ist im kantonalen Vergleich überdurchschnittlich geprägt von der Land- und Forstwirtschaft. Mehr als die Hälfte der Gesamtfläche werden landwirtschaftlich genutzt. Ein weiteres Drittel ist Wald. Die nach wie vor bäuerlichen Familienbetriebe sind vielfältig strukturiert. Unser Bezirk bietet gute natürliche Voraussetzungen für eine nachhaltige ökologische Pflanzenproduktion und Viehwirtschaft. Nebst dem herkömmlichen Ackerbau betreiben die Weinländer Bauern auch Gemüsebau sowie arbeits- und kapitalintensive Kulturen wie Tabak, Obst, Hopfen und weitere Spezialitäten. Parallel zur traditionell starken Milchproduktion haben sich in den letzten Jahrzehnten weitere Tierhaltungsformen entwickelt und etabliert. Der Rebbau hat unserer Region den Namen gegeben, er wäre im Landschaftsbild nur schwer wegzudenken. Die Waldwirtschaft wird zu einem grossen Teil von Landwirten und weiteren Privatpersonen betrieben.

Diese vielseitige Urproduktion ist für den Lebensraum Weinland von zentraler Bedeutung. Gewerbe- und Dienstleistungsbetriebe im Bezirk Andelfingen profitieren nach wie vor von einer starken Land- und Forstwirtschaft. Nebst der Herstellung von gesunden Nahrungsmitteln auf einem ökologisch und ethisch hohen Standard sind weitere multifunktionale Aufgaben zum Beispiel in den Bereichen ländliche Entwicklung, Landschaftspflege und Naturschutz in den letzten Jahren immer wichtiger geworden. Diese Dienstleistungen für Staat und Gesellschaft können den Bauern nicht allein durch Produkterlöse am Markt entschädigt werden. Bund und Kanton Zürich treffen Massnahmen (Direktzahlungen, Grenzschutz, etc.), um hier einen möglichst fairen Ausgleich zu schaffen. Der bäuerliche Familienbetrieb im Weinland befindet sich auch im Spannungsfeld zwischen den tiefen Nahrungsmittelpreisen im Ausland und den hohen Produktionskosten im Inland, auf die er wenig, meistens jedoch gar keinen Einfluss hat.

### Forderungen der SVP Bezirk Andelfingen

Die SVP kämpft für sinnvolle Massnahmen und Rahmenbedingungen, damit die bäuerliche Landwirtschaft und der private Waldbau im Weinland auch unter verschärften Marktbedingungen und unter den veränderten Anforderungen der Gesellschaft eine Zukunft hat. Insbesondere geht es darum, unserer Landwirtschaft im internationalen Wettbewerb gleich lange Spiesse zu sichern und den Markt verzerrende Auflagen zu eliminieren. Die SVP unterstützt professionell geführte Betriebe, die innovativ, marktgerecht und ökologisch nachhaltig wirtschaften.

Die Forderungen im Einzelnen:

- Die SVP will mehr unternehmerischen Freiraum für die Landwirte. Kostentreibende und zeitraubende Auflagen des Staates, die weder Mensch, Tier und

Umwelt wirkliche Vorteile bringen, sind zu streichen. Administrative Abläufe sind auf das Wesentliche zu beschränken. Sinnvolle Neubauten in der Landwirtschaftszone, die für die Entwicklung der Betriebe notwendig sind, müssen möglich sein. Auch Umnutzungen freiwerdender Gebäude sind zuzulassen.

- Die SVP fordert für die einheimische Landwirtschaft gleich lange Spiesse wie für das Ausland. Lebensmittel, die mit in der Schweiz nicht zulässigen Methoden produziert worden sind, dürfen nicht importiert werden. Bestehende Grenzschutzmassnahmen und Deklarationspflicht sind vom Staat endlich durchzusetzen. Der Freihandel mit Agrargütern ohne ökologische Auflagen und Kostenwahrheit betreffend Transport, Energie und Hilfsstoffeinsatz ist abzulehnen. Im Besonderen ist ein Freihandelsabkommen mit der Europäischen Union für die Bauern heute nicht verkraftbar, da auf der Kostenseite keine wesentlichen Verbesserungen zu erwarten sind.
- Die SVP setzt sich dafür ein, dass die Ansprüche der Gesellschaft an die Landwirtschaft, die der Markt nicht abgilt, durch angemessene Direktzahlungen entschädigt werden. Spielraum und Fristen in der Umsetzung von WTO- und bilateralen Verträgen müssen voll zugunsten der Landwirtschaft ausgeschöpft werden.
- Die SVP tritt für eine sanfte und geordnete Strukturentwicklung ein. Der technische Fortschritt soll auch in der Urproduktion genutzt werden. Auswüchsen mit negativen Folgen muss aber entschieden begegnet werden. Bauernfamilien und die gewachsenen Strukturen in unseren Dörfern dürfen keinen Schaden nehmen. Auch dem Landschaftsbild muss Sorge getragen werden.

## 9. Vision Weinland 2020

Die SVP Bezirk Andelfingen stellt in den Mittelpunkt ihrer politischen und gesellschaftlichen Arbeit die Bedürfnisse der bürgerlich orientierten Bevölkerung mit dem Ziel, dass auch im Weinland des Jahres 2020 ein Leben in funktionierenden Strukturen, in Sicherheit und Wohlstand möglich ist.

Abgeleitet aus den in diesem Grundsatzpapier festgelegten politischen Positionen steht die Vision 2020 für jenes Weinland, wie es sich bei der Erfüllung aller Forderungen der SVP Bezirk Andelfingen präsentieren würde.

### Verfassung, Bezirk und Gemeinde

- Der Bezirk Andelfingen bleibt politisch eigenständig in den Grenzen von 2007.
- Die Gemeinden des Bezirks geniessen bei der Erfüllung ihrer öffentlichen Aufgaben eine hohe Autonomie.
- Die öffentlichen Aufgaben sind soweit als möglich und sinnvoll in die Gemeinden delegiert.
- Die Gemeinden entscheiden frei über Einbürgerungen und über die dafür zuständigen Organe.

### Öffentliche Finanzen

- Der kantonale Finanzausgleich berücksichtigt die Bedürfnisse der Weinlandgemeinden.
- Das Steueraufkommen liegt im kantonalen Mittel.
- Bürger und Gewerbe profitieren von attraktiven Steuersätzen sowie tiefen Abgaben und Gebühren.
- Die Gemeinden verfügen dank Ausgabendisziplin über gesunde Finanzhaushalte.
- Die rollende mittelfristige Finanz- und Investitionsplanung ist durchgehend realisiert.
- Die öffentliche Hand beschränkt sich auf ihre Kernaufgaben.

### Bildung und Schule

- Das Weinland verfügt über funktionierende Schulen mit Jugendlichen, die gesellschaftliche Normen kennen und respektieren.
- In der Ausbildung werden Kopf, Herz und Hand gleichermassen gewichtet.
- Die deutsche Sprache wird konsequent gefördert.
- Die hohe Ausbildungsqualität und das durchlässige Schulsystem schaffen die Basis für erfolgreiche berufliche und schulische Weiterbildung, wobei auch den Bedürfnissen begabter Schüler Rechnung getragen wird.

- Die Rahmenbedingungen für die Miliztätigkeit in Schulbehörden sind derart gestaltet, dass ausgewiesene und motivierte Frauen und Männer im Amt sind.
- Stütz- und Fördermassnahmen kommen nur dort zur Anwendung, wo dies nach kritischer Beurteilung Sinn macht.

### **Raumplanung und Umwelt**

- Die Weinlanddörfer sind baulich intakt, die Neubaugebiete baulich gut integriert.
- Dank flexiblem, bedarfsgerechtem Planungsrhythmus steht genügend Bauland für Wohnungen und Gewerbe zur Verfügung.
- Die Gemeinden verfügen über einen hohen Spielraum in der Zonengestaltung.
- Gemeindebehörden und Bevölkerung können sich auf vernünftige, massvolle und transparente Grundlagen und Vorschriften für Umnutzung und Renovation bestehender Bauten verlassen.
- Die Massnahmen zur Erhaltung von Tier- und Pflanzenwelt stehen im Einklang mit den wirtschaftlichen Bedürfnissen.
- Die Bauvorschriften beschränken sich auf das Notwendige und beinhalten auch zeitgemässe Erkenntnisse von Bauphysik, -hygiene und -ökologie.

### **Mögliches Tiefenlager für hoch radioaktive Abfälle**

- Der Aspekt „Sicherheit“ steht uneingeschränkt an erster Stelle im Anforderungskatalog an ein mögliches Tiefenlager für hoch radioaktive Abfälle in der Schweiz.
- Es steht national jener Standort im Fokus, der sich für das Tiefenlager am besten eignet.
- Die Einschränkung, dass ein mögliches Tiefenlager für hoch radioaktive Abfälle im Zürcher Weinland ausschliesslich für Abfälle aus der Schweiz gebaut wird, ist unbestritten.
- Die Mitbestimmung von Behörden und Bevölkerung in den möglichen Standortgemeinden ist gesichert.
- Das Anrecht der möglichen Standortgemeinden auf Entschädigung von erbrachten Leistungen und für allfällige wirtschaftliche Nachteile ist garantiert.

### **Öffentlicher und privater Verkehr**

- Die Verkehrsträger sind aufgabengerecht ausgebaut und garantieren gute Verbindungen auf Schiene und Strasse auch zu den angrenzenden Wirtschaftsregionen.
- Der Fluglärm ist so verteilt, dass das Weinland nicht überproportional belastet ist.
- Die Weinländer A4 ist durchgehend von Winterthur nach Schaffhausen vier-spurig und richtungsgetreunt ausgebaut.

- Die zur Entlastung stark befahrener Ortskerne notwendigen Ortsumfahrungen sind gebaut.
- Eine zweite Autobahn durch das Weinland ist kein Thema mehr.

### **Gewerbe**

- Das lokale Gewerbe bietet attraktive Arbeitsstellen an, die ein Leben und Arbeiten im Zürcher Weinland möglich machen.
- Die Wirtschaftsförderung ist aktiv und erfolgreich; ausgewählte Unternehmen haben ihren Sitz im Zürcher Weinland.
- Jugendliche finden in der Region interessante und zukunftssträchtige Ausbildungsmöglichkeiten.
- Der Anteil der Nicht-Pendler ist im Vergleich zum kantonalen Mittel überdurchschnittlich hoch.

### **Landwirtschaft**

- Professionell geführte Betriebe wirtschaften ökologisch nachhaltig und produzieren innovative Spezialitäten mit gutem Ertragspotenzial.
- Die Landwirte verfügen über einen grossen unternehmerischen Freiraum, den sie dank ihrer Ausbildung zu nutzen wissen.
- Eine sinnvolle Umnutzung frei werdender Landwirtschaftsgebäude ist zugelassen.
- Der Import von nicht ökologisch produzierten Lebensmitteln ist stark eingeschränkt.
- Die Landwirtschaft wird für ihre gesellschaftlichen Leistungen durch faire Direktzahlungen entschädigt.

*Erarbeitet vom Vorstand der SVP Bezirk Andelfingen und von diesem verabschiedet an der Sitzung vom 30. November 2006.*